

Rede von Rainer Hinderer im Stuttgarter Landtag am 27. Februar 2013.

Titel: Gute Arbeit, gutes Geld: Wird der gesetzliche Mindestlohn endlich Wirklichkeit?

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, guten Morgen!

Wir möchten diesen Plenartag mit einem Werbeblock beginnen: Wir werben mit dieser Aktuellen Debatte für den Mindestlohn.

Wir haben heute den 27. Februar. Morgen ist Monatsende, und damit ist wieder ein Monat vergangen, in dem in Baden-Württemberg 20 000 Menschen in Vollzeit gearbeitet haben, sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben – aber zu einem Lohn, der es erforderlich macht, dass sie zusätzlich Sozialleistungen nach dem SGB II, also Arbeitslosengeld II, beziehen. Das sind die sogenannten Hartz-IV-Aufstocker – 20 000 Menschen, die zusätzliche Sozialleistungen brauchen, weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das ist aus unserer Sicht nicht nur ungerecht; das ist auch unwürdig.

Wer in Vollzeit arbeitet, muss auch ein Gehalt bekommen, von dem er leben kann. Deshalb ist es richtig, dass übermorgen unsere Sozialministerin gemeinsam mit den Vertretern von sechs weiteren Bundesländern eine erneute Initiative zum Mindestlohn in den Bundesrat einbringt. Wir finden das klasse, und wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich.

Eine Debatte zum Mindestlohn haben wir hier letztmals im November 2011 geführt, also kurz vor dem Bundesparteitag der CDU. Sie haben sich damals ganz zaghaft dem Begriff einer „unteren Lohngrenze“ angenähert.

Mittlerweile ist einiges passiert. Das haben Sie wahrgenommen. Der Druck in der Öffentlichkeit ist gewachsen. 86 % der Deutschen sind Befürworter eines Mindestlohns. Mit Blick auf die Bundestagswahl ist Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und auch von der FDP/DVP, dieses Thema nicht entgangen. Sie sind beweglich; und beweglich sind Sie an verschiedenen Stellen: Fundamentale Positionen fallen gerade wie Dominosteine. Die CDU tritt ein für das Ehegattensplitting bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften oder für das Adoptionsrecht bei Homopaaren; wir hoffen es zumindest

Die FDP spricht sich für die doppelte Staatsbürgerschaft aus. Die Richtung stimmt. Ob es der Glaubwürdigkeit guttut, das bleibt abzuwarten.

Nichtsdestotrotz machen wir Werbung für den Mindestlohn. Warum? Weil sich der Niedriglohnsektor vehement ausgebreitet hat. In den letzten 15 Jahren ist in den alten Bundesländern der Anteil der Geringverdiener um 70 % angestiegen. Das halten wir für keine gute Entwicklung. Bereits jeder Vierte ist Geringverdiener. 20 % der Beschäftigten verdienen weniger als 8,50 €, 4 % gar weniger als 5 € pro Stunde. Das darf nicht weiter so sein. Insbesondere Frauen sind betroffen. 70 % der im Niedriglohnbereich Tätigen sind Frauen. Deshalb profitieren insbesondere auch Frauen – nämlich 25 % der Frauen gegenüber 15 % der Männer – von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 € pro Stunde.

Da haben wir mit Blick auf die Bundesratssitzung am kommenden Freitag die Hoffnung, dass sich zumindest die Ministerpräsidentinnen – nämlich Frau Kramp-Karrenbauer aus dem

Saarland und Frau Lieberknecht aus Thüringen – vielleicht noch bewegen und sich unserer Bundesratsinitiative anschließen. Das wäre zu wünschen.

Es ist im Übrigen auch keine Frage des Qualifikationsniveaus. Es wird immer argumentiert, es gehe hier um die Nichtqualifizierten ohne Berufsausbildung; diese brauchten Zugänge zum Arbeitsmarkt. Aber 80 % derer, die im Niedriglohnsektor tätig sind, haben eine Berufsausbildung oder gar einen akademischen Abschluss. Das Problem zieht sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch alle Qualifikationsklassen.

Ein Mindestlohn ist auch kein Schaden für den Wettbewerb, für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land. Mindestlohn und Tariftreuegesetz bieten einen Schutz vor Billiglohnanbietern. Deshalb sind z. B. auch viele Handwerksbetriebe mit der Forderung nach einem Mindestlohn an unserer Seite. Im Übrigen haben 20 von 27 EU-Staaten bereits einen Mindestlohn. Wir wollen diesen auch.

Für die SPD ist das ein hohes Anliegen. Die SPD wird in diesem Jahr 150 Jahre alt, und seit 150 Jahren streiten wir für gute Arbeitsbedingungen und für Arbeitnehmerrechte.

Da haben wir einiges erreicht: die gesetzliche Rente, den Achtsturentag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmung.

Wir werden den Mindestlohn über kurz oder lang durchsetzen, mit oder ohne CDU und FDP. Mit Ihnen, meine Damen und Herren, geht es schneller. Das wäre im Sinne aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb bitten wir Sie um Zustimmung.

Vielen Dank.